

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 M., durch die Post bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne Nummern 10 Pf.

Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen. Insertionspreis 10 Pf. pro dreizehnpaltene Corpuzzeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 29.

Freitag, den 8. April

1892.

Zum Palmsonntage.

Der Winter weicht nach hartem Streite Und läßt dem jungen Lenz das Feld; Bald wandert dieser im Geleite Von Sang und Blüten in die Welt: Da will sich's hundertfältig regen In der erwachenden Natur, Und wunderbarer Gottessegnen Kommt leise auf des Frühlings Spur.

Und siehe, die Märe prangen, Es tönt der Orgel Feierklang, Und tausend junge Herzen bangen Vor Sehnsucht und in heiligem Drang. Gekommen ist der Tag der Weibe, Der unserm Aln schon heilig war, Und in der Christen erste Reihe Tritt eine neue Kämpferschaar.

Ein Kampf ist unser ganzes Leben, Du junges Herz, vergiß es nicht, Und Kraft zum Streite soll Dir geben Des Glaubens reines, treues Licht. Mit heute ist Dir angebrochen Der Frühling einer neuen Zeit, Und für die Passionswochen Des Lebens wirst Du heut geset.

Geh' muthig fort! Bei Friedenspalmten Hebt Deine Wand'ring freundlich an, Verheißungsvolle Trostespalmen Geleiten Dich auf Deiner Bahn; In Nacht und Trübsal darfst Du hoffen, Daß Dir der Sonnenschein nicht fern, Denn Deine Pfade liegen offen — Du weißt es ja — vor Gott dem Herrn.

Ist Glaub' und Hoffen Dir geblieben, Dann trägt Du leicht des Lebens Last, Wirft alle Menschen herzlich lieben Und dem verzeihen, der Dich haßt; Dann ist vom Himmel Dir beschieden Ein Glück, das Dir verfehrt kein Leid, Dann lebt des Palmsonntages Frieden In Deinem Herzen allezeit.

(Ebenmäßiger Tageblatt.)

Auktion.

Dienstag, den 12. dies. Mon., 1 Uhr Nachmittags gelangt in dem Doock Lampersdorf 1 Zuchtbulle und 1 Kalbe gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung. Diebesversammlung im Gasthose daselbst. Wilsdruff, den 6. April 1892.

Busch, Ger. Volls.

Auktion.

Montag, den 11. dies. Mon., Vermittags 10 Uhr gelangen an hiesiger Gerichtsstelle 1 Handkoffer, 1 Remontoiruhr, 1 Koffer und verschiedene Kleidungsstücke gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung. Wilsdruff, am 6. April 1892.

Busch, Ger. Volls.

Bekanntmachung.

Die Prüfung derjenigen Schüler, welche gegenwärtig die hiesige Volksschule (verbunden mit einer kaufm. Abteilung) besuchen, soll Sonntag, den 10. d. M. nachm. 1/2 bis 5 Uhr in Schulsale in Aufsatzlehre (Dir. Gerhardt), Französisch (Herr Oberl. Haupt), Geographie (Dir. Gerhardt), Geschichte (Herr C. Hienisch) stattfinden. Die hiesigen Behörden, insbesondere der Schulvorstand, die Eltern und Pensionsgeber, sowie alle Freunde und Gönner dieser Schule werden hierdurch ergebenst eingeladen. Wilsdruff, den 6. April 1892.

Dir. Gerhardt.

Tagesgeschichte.

Der geschäftliche Druck, unter welchem die Erwerbstätigkeit in Deutschland seit länger als Jahr und Tag leidet, will noch immer nicht weichen, obwohl wir nun in die Frühlingzeit eingetreten sind, welche sonst auf die geschäftlichen Verhältnisse anregend und neu belebend einzuwirken pflegt. Diesmal aber macht die Frühlingluft diesen ihren besonderen Einfluß nur ganz vereinzelt geltend, denn nur in einigen industriellen Zweigen, besonders in denen des Textilverwerkes und der Maschinenbauindustrie, herrscht wieder volle Beschäftigung mit noch immer steigenden günstigen Ausblicken, im Allgemeinen aber hält die geschäftliche Flaute an, deren Folgen sich zunächst in gedrückten Arbeitslöhnen und in vermehrtem Angebot von Arbeitskräften, dann auch in einem theilweisen Herabgehen der Preise für eine sehr große Reihe von Artikeln zeigen. Fügen wir hinzu, daß diesmal die Konfusse und Bankrotte in den Unternehmertreibern im Vergleich zu den letzten Jahren eine ungewöhnliche hohe Zahl erreicht haben und daß auch hierdurch die vielfach herrschende Arbeitslosigkeit vermehrt worden ist, so ergibt sich hieraus ein ziemlich unerfreuliches Gesamtbild der heutigen Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die Ursachen, durch welche diese unerquicklichen industriellen Zustände herbeigeführt worden sind, liegen auf sehr verschiedenen Gebieten. Der sich für zahlreiche Gewerbezweige Deutschlands immer fühlbarer machende Wettbewerb des Auslandes auf dem Weltmarkte, die extreme Schutzpolitik mancher Länder, welche bis jetzt als Hauptabgabegüter der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu betrachten wären, wester auch die großen Streiks, welche seit Jahren viele hervorragende Industrien des Inlandes heimsuchten und eine ganz begriffliche Einschränkung der Unternehmungstätigkeit häufig zur Folge hatten, endlich die allgemeine Schwächung der Kaufkraft des großen Publikums und die Zurückhaltung des Kapitals bei neuen Engagements — alle diese verschiedenen Umstände haben zusammengewirkt, um schließlich die geschäftliche Depression von heute herbeizuführen. Bei der Natur fast aller der genannten Ursachen, welche die gegenwärtige kritische Periode in der deutschen Erwerbstätigkeit herbeigeführt haben, ist eine wesentliche und entschiedene Wendung zum Besseren ausgeschlossen, es wird eine solche vielmehr erst Schritt für Schritt eintreten können. Auch die Hoffnung, daß die neuen Handelsverträge, welche eine erfreulichere Konjunktur für die deutsche Industrie schaffen werden, zeigt sich bis jetzt nur erst von weiter Ferne; in einigen Gewerbezweigen ist allerdings ein flotter Geschäftsgang infolge der neuen Handelsverträge unverkennbar, dafür

haben aber die letzteren andere Gebiete der geschäftlichen Thätigkeit vorerst ungünstig beeinflusst und jedenfalls wird eine allgemeinere belebende Einwirkung der neueren Handelspolitik Deutschlands auf unsere industriellen Verhältnisse erst mit der Zeit zu erwarten sein. Unter solchen Umständen eröffnen sich auch für die nächste Zukunft noch keine angenehmeren Ausblicke zu einer durchgreifenden Hebung der deutschen Gewerbetätigkeit und wird darum auch fernerhin die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine gedrückte bleiben. Dieselbe legt den Arbeitgebern und Unternehmern von selbst die Pflicht auf, vorsichtig und zurückhaltend in ihren Operationen zu sein und nur dann an größere Unternehmungen heranzutreten, wenn deren Gelingen nach sorgfältiger Prüfung als gesichert erscheint. Es wird also auch der Bedarf an neuen Arbeitskräften in den allermeisten Gewerben nur ein sehr bedingter sein und hieraus folgt, daß auch die Arbeitnehmer, gleichviel welcher Kategorie, den ungünstigen Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen und sich „nach der Decke“ zu strecken haben. Vor Allem werden es sich die Arbeiter jetzt zweimal überlegen müssen, ob sie in einen neuen Streik eintreten sollen, denn in neunundneunzig und hundert Fällen steht heute der ungünstige Ausgang eines Streiks für die Arbeiter im Voraus fest, kann doch bei dem Ueberflusse an Arbeitskräften fast jede frei werdende Stelle meist sofort wieder besetzt werden. Alle Einsichtsvollen warnen daher auch die Arbeiter, unter den gegenwärtigen Umständen durch Arbeitseinstellungen für sich eine bessere Gestaltung ihrer Lage zu erwarten und ist auch zur Zeit von größeren Streiks in Deutschland nicht die Rede. Vielleicht, daß gerade durch die herrschende geschäftliche Krise die verständigeren Elemente der deutschen Arbeiterschaft endlich zu der Einsicht gebracht werden, wie wenig sie im Grunde ihre eigenen Interessen durch die bisherige rücksichtslose Streikpolitik fördern, daß eine solche Förderung vielmehr im vertrauensvollen Handinhandgehen mit den Arbeitgebern liegt. Sollte eine solche Erkenntniß in den Arbeiterkreisen nachhaltig aufdämmern, so würde wenigstens nach dieser Seite hin gerade die jetzige ungünstige Zeit für den deutschen Arbeitsmarkt ein erfreuliches Resultat hervorbringen.

Der Reichstag hat mit einem unerfreulichen Vorgang geendigt, insofern, als die Regierung gegen den Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung von Familien, der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften, in der Fassung, wie er vom Hause beschlossen wurde, Widerspruch erhob. Der Gesetzentwurf, der bereits gegen Schluß des zweiten Abschnitts der Session eingebracht worden, hatte in der ur-

sprünglichen Vorlage vorgeschlagen, die Unterstützungen im Falle der Bedürftigkeit sollten mindestens betragen für die Ehefrau 20 Pf. in den Sommer, 30 Pf. in den Wintermonaten, für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Pf. täglich. Die Hälfte dieser Beträge sollte aus Reichsmitteln bestritten werden, die andere Hälfte den durch das Gesetz über die Kriegsteilnehmern vom 13. Juni 1873 gebildeten Versorgungsvorständen zufallen. Die Budgetkommission, welcher der Gesetzentwurf überwiesen wurde, nahm wesentliche Abänderungen vor. Die tägliche Unterstützung wurde bedeutend erhöht und im Anschluß an die sozialpolitische Gesetzgebung der Maßstab des ortsüblichen Tageslohnes eingeführt, so daß für die Ehefrau 30 Proz. für die sonst unterstützungsberechtigten Personen 10 Proz. dieses Tageslohnes, im ganzen aber nicht mehr als 60 Proz. gezahlt werden sollen. Unterstützungen sollen die Familien, um den Schein des Almoens zu vermeiden, nicht bloß im Falle der Bedürftigkeit, sondern allgemein „auf Verlangen“ erhalten, also ohne daß die individuellen Verhältnisse der Familien in Betracht gezogen werden dürfen. Sodann wurde beschlossen, die Mittel für die Unterstützung vollständig aus der Reichskasse zu entnehmen, sowie die Hälfte auch auf die Familien der Reservisten während der zweiten und dritten Uebung derselben auszuweihen. Der Reichstag hat diese Anträge fast einstimmig angenommen. Der Aufwand des Reiches wurde nach dem Regierungsentwurf auf jährlich 270000 M., nach den Reichstagsbeschlüssen auf 1 1/2 bis 2 Millionen Mark verednet. Die Regierung hatte schon in der Kommission erklärt, eine Aufwendung von dieser Höhe belaste das Reich allzu stark, zumal dann auch ein ebenso hohes Unterstützungssystem im Mobilmachungsfalle gefordert werden würde, was unübersehbare finanzielle Folgen habe. Im Reichstage wurde entschieden bestritten, daß die Konsequenz zwingt, die gleichen Unterstützungen für die Kriegszeit zu gewähren. Zur Herbeiführung einer Verständigung hatte die Regierung nichts gethan, aber auch bei der letzten Beratung erklärte Herr von Voetticher, er müsse an seiner Befürchtung festhalten, daß die Regierungen dem Gesetze in dieser Fassung nicht zustimmen würden: in diesem Falle würde im nächsten Jahre ein neuer, auf einer mittleren Linie sich haltender Entwurf vorgelegt werden. Nachdem der Reichstag nahezu einmütig die von der Regierung vorgeschlagenen Unterstützungen für zu niedrig befunden und für die Kommissionsanträge sich entschieden hatte, machte diese Erklärung einen sehr ungünstigen Eindruck. Abg. Buhl sprach u. a. aus, daß, wenn sich der Bundestag aus finanziellen Gründen diesem